

## Eigenerklärung zum Nachweis von Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit

Zum Nachweis der Eignung hat das Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt von jedem Bieter/Bewerber um einen öffentlichen Auftrag die nachfolgende Eigenerklärung zu verlangen. Falls die Bieter/Bewerber ihren Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, bezieht sich deren Erklärung auf die Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie niedergelassen sind.

Bei vorsätzlich unzutreffender Erklärung besteht die Möglichkeit des Ausschlusses von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 6 Abs. 5 e VOL/A, soweit nicht bereits ein zwingender Ausschlussgrund vorliegt. Wird die unterschriebene Erklärung nicht oder nicht rechtzeitig abgegeben, kann das Angebot auch nach § 16 Abs. 3 a VOL/A von der Wertung ausgeschlossen werden.

### 1. Präqualifizierung (Liegt keine Präqualifizierung vor, sind die Punkte 2.-7. auszufüllen!)

Mein/unsere Unternehmen ist präqualifiziert und in dem Unternehmer- und Lieferanten-Verzeichnis (ULV) und PQ-VOL eingetragen. ([www.pq-vol.de](http://www.pq-vol.de))

Ja, meine/unsere Zertifizierungsnummer lautet: \_\_\_\_\_

Nein, mein/unsere Unternehmen ist noch nicht präqualifiziert.

### 2. Eintragung in das Berufsregister

Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister unter der Nummer \_\_\_\_\_

beim Amtsgericht \_\_\_\_\_.

Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Ich gehöre/Wir gehören zu

Handwerk

Versorgungsunternehmen

Industrie

Handel

Sonstigem

Falls mein/unsere Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unsere Erklärung bei Aufforderung folgende Nachweise vorlegen:

Gewerbebeantragung, Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.

### 3. Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren

Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren

wurde  beantragt.

eröffnet.

mangels Masse abgelehnt.

Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt.

Mein/Unser Unternehmen befindet sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder in einem vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahren.

Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde ich/werden wir ihn auf Verlangen vorlegen.

### 4. Unternehmensgröße

< 10 Beschäftigte und ≤ 1 Mio. Jahresumsatz

< 500 Beschäftigte und ≤ 50 Mio. Jahresumsatz

> 500 Beschäftigte und ≥ 50 Mio. Jahresumsatz

**5. Liquidation**

Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation.

Mein/Unser Unternehmen befindet sich nicht in Liquidation.

**6. Schwere Verfehlungen, die die Zuverlässigkeit als Bieter/Bewerber in Frage stellt**

Ich erkläre/Wir erklären, dass keine der folgenden Verfehlungen vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bieter/Bewerber in Frage stellt (§ 6 Abs. 5 Buchst. c VOL/A):

- wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB)
- wirksames vorläufiges Berufsverbot (§132a StPO)
- wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO)
- rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), Vorteilsghewährung (§ 333 StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkte Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)

und mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht

- gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes
- gemäß § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch,
- gemäß § 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes
- gemäß § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind oder

- gemäß § 21 Abs. 1 i.V.m. § 23 des Arbeitnehmerentsendegesetzes

mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden bin/sind.

Falls mein/unsere Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unsere Erklärung bei Aufforderung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister vorlegen (Ausstellungsdatum nicht älter als 3 Monate bis zur Angebotsfrist).

**7. Steuern und Abgaben sowie Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung**

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (§ 6 Abs. 5 Buchst. d VOL/A), soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unsere Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Verlangen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes (Ausstellungsdatum nicht älter als 3 Monate bis zur Angebotsfrist) und der Krankenkasse, bei der die meisten Beschäftigten versichert sind, vorlegen.

**Ort, Datum**

**Stempel, Unterschrift**